

Bewerbungsbedingungen

EU-Vergabeverfahren

Neubau Feuerwehr in Rielasingen- Worblingen

Vergabe von Fachplanungsleistungen ELT

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Gliederung

I.	Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren	4
1.	Projektdaten.....	4
2.	Auftraggeber.....	4
3.	Vergabestelle.....	5
4.	Information zur E- Vergabe	5
5.	Kommunikation über das Vergabeportal.....	5
II.	Vergabeunterlagen	6
1.	Bereitstellung der Vergabeunterlagen.....	6
2.	Prüfung der Vergabeunterlagen und Frist zur Einreichung von Fragen	6
3.	Mitteilungen der Vergabestelle zu dem Verfahren und den Vergabeunterlagen	6
III.	Form und Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge	7
IV.	Eignungsanforderungen und gesetzliche Ausschlussgründe.....	8
1.	Gesetzliche Ausschlussgründe	8
1.1	§§ 123, 124 GWB	8
1.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung Sozial-/Krankenkasse	8
1.3	Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt.....	8
1.4	Unbedenklichkeitserklärung Berufsgenossenschaft	8
2.	Erklärung gem. Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576	9
3.	Eignung zur Berufsausübung	9
3.1	Eintragung in Berufs-/Handelsregister	9
3.2	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	9
4.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	9
4.1	Gesamtumsatz des Unternehmens.	9
4.2	Haftpflichtversicherung	10
5.	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	10
5.1	Referenzen	10
5.2	Begrenzung der Anzahl der Teilnehmer	12
5.3	Technische Ausstattung	12
V.	Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	14
VI.	Einsatz von Nachunternehmern	14
1.	Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe	14
2.	Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe.....	14
3.	Pflichten während Auftragsausführung nach § 128 Abs. 1 GWB	15
VII.	Bewerber-/Bietergemeinschaften.....	15

VIII. Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Teilnehmer	15
IX. Weiterer Verfahrenslauf (Angebots- und Verhandlungsphase).....	15
X. Angebotswertung	16
1. Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung	16
2. Ausschlussgründe	17
XI. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	17
XII. Vertragsmuster.....	17
XIII. Einlegung von Rechtsbehelfen	17
XIV. Vertraulichkeit und Datenschutz	18
XV. Vorbehalt.....	18
XVI. Wahrung des Geheimwettbewerbs	18
XVII. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen.....	18
XVIII. Anlagen	19

I. Allgemeine Angaben zum Vergabeverfahren

Die Vergabe erfolgt in Anwendung der Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung (VgV) im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb (§ 17 Abs. 1 VgV).

1. Projektdaten

Gegenstand dieser Vergabe sind Fachplanungsleistungen ELT für den Neubau der Feuerwehr in Rielasingen- Worblingen.

Der ausgeschriebene Auftrag umfasst:

Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung §§ 53-56 HOAI-Anlagengruppen 4, 5, 6 und 8

Zu erbringende Leistung nach Anlagengruppen (ALG):

ALG 4 - Elektrische Anlagen

- Photovoltaik Anlage
- Netzersatzanlage (Notstromsystem)
- Ladeerhaltung Fahrzeuganlage

ALG 5 - Fernmelde- und informationstechnische Anlagen

- Funk- / Einsatzzentrale - Technische Ausstattung + Möblierung

ALG 6 – Förderanlagen

- Aufzugsanlage

ALG 8 - Gebäude- und Anlagenautomation

Gesamtbeauftragung: LPH 1-9 (stufenweise)

Weitere Einzelheiten finden sich in der Projektbeschreibung.

Es ist beabsichtigt, Förderanträge über Zfeu und KfW zu stellen.

2. Auftraggeber

Gemeinde Rielasingen- Worblingen
Lessingstraße 2
78234 Rielasingen- Worblingen

3. Vergabestelle

W2K Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Kaiser-Joseph-Straße 247
D-79098 Freiburg

4. Information zur E- Vergabe

Das Vergabeverfahren wird elektronisch in der webbasierten E-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal durchgeführt und ist unter folgender URL im Internet erreichbar: www.dtyp.de.

Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Bewerber/Bieter vollständig kostenfrei.

Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden entweder direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabeplattform bzw. dem virtuellen Projektraum zum Vergabeverfahren (z.B. Bekanntmachungen, Kommunikationsnachrichten) oder innerhalb der Plattform bzw. virtuellen Projekträume als Datei-Downloads bereitgestellt (Vergabeunterlagen oder Anhänge zu Kommunikationsnachrichten). Die verwendeten Dateitypen und Dateiformate werden durch das Vergabeverfahren bzw. die Vergabestelle vorgegeben und können je nach Ausschreibungsgegenstand abweichen (z.B. GAEB-Dateien im Bereich von Bauleistungen).

Um am Verfahren teilnehmen zu können (und z.B. eigene Nachrichten an die Vergabestelle zu senden, Teilnahmeanträge/Angebote abzugeben oder über Änderungen automatisch per E-Mail informiert zu werden), müssen sich die Unternehmen auf der E-Vergabeplattform für die Teilnahme am Verfahren anmelden.

In Weiteren wird auf den (technischen) Support für Unternehmen/Bieter verwiesen:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Support-Hotline der Cosinex GmbH: 0234 298 79 611

5. Kommunikation über das Vergabeportal

Die unter I.3 genannte Stelle ist alleinige Ansprechpartnerin in allen Fragen des Vergabeverfahrens. Auskünfte anderer Stellen oder anderer Personen sind nicht verbindlich. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform dtyp, es sei denn die Kommunikation ist aufgrund technischer Probleme nicht über die Vergabeplattform möglich.

Telefonische Auskünfte sind nicht verbindlich. Es gilt das geschriebene Wort.

Die Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache.

II. Vergabeunterlagen

1. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen stehen unter der folgenden Internetadresse gebührenfrei, uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMEMK10/documents>

Eine Registrierung und Bestätigung zur Teilnahme am Verfahren für den Zugang zu den Unterlagen sind nicht erforderlich. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Registrierung und Bestätigung zur Teilnahme am Verfahren empfohlen werden, um über Mitteilungen an die Unternehmen informiert zu werden. Bei einem anonymen Zugriff auf die Vergabeunterlagen ist dies nicht möglich, das Unternehmen hat in eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass es tatsächlich alle an die Unternehmen versandten Informationen erhält (vgl. II. Nr. 3).

2. Prüfung der Vergabeunterlagen und Frist zur Einreichung von Fragen

Die Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit, etwaige Unklarheiten oder Fehler zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens unvollständige, unklare oder fehlerhafte Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Teilnahmeantrags/Angebots beeinflussen können, so hat das Unternehmen den Auftraggeber über die Vergabepattform unverzüglich, jedoch **spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge/Angebote** darauf hinzuweisen bzw. um entsprechende Auskunft zu bitten.

Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden. Er wird die erforderlichen Auskünfte spätestens 6 Tage vor dem Ablauf der Teilnahme-/Angebotsfrist erteilen (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV).

Antworten, die für die Teilnahmeantrags-/Angebotserstellung relevant sind, werden gemäß Kapitel II.3 veröffentlicht bzw. zur Verfügung gestellt.

Soweit ein Unternehmen rechtliche Bedenken gegen die gewählte Verfahrensart, die Ausgestaltung des Verfahrens oder gegen Inhalte dieses Verfahrensbriefes sowie die Vergabeunterlagen hat, wird auf die geltenden Rügeobliegenheiten nach § 160 Abs. 2 GWB verwiesen (siehe hierzu die Hinweise und die Belehrungen in der EU-Auftragsbekanntmachung).

3. Mitteilungen der Vergabestelle zu dem Verfahren und den Vergabeunterlagen

Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen des Auftraggebers zum Verfahren und den Verfahrensunterlagen werden über die Vergabepattform bereitgestellt.

Wenn der Auftraggeber Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen vornimmt, erhalten die Unternehmen, welche die Teilnahme zum Verfahren bestätigt haben, eine automatisch erstellte E-Mail, dass eine Nachricht der Vergabestelle im Vergabeportal vorliegt.

Unternehmen, die sich nicht für die Teilnahme am Verfahren angemeldet haben, sind dazu aufgefordert, sich in eigener Verantwortung über Aktualisierungen zu informieren.

Es liegt in der Verantwortung der Unternehmen, sich **bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Frist für die Einreichung von Teilnahmeanträgen/Angeboten** auf der oben genannten Internetseite zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahme-/Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben. In seinen solchen Fall werden wir Sie unverzüglich ebenfalls auf der oben genannten Internetseite informieren.

Sämtliche veröffentlichte Erläuterungen, Konkretisierungen und Änderungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

III. Form und Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge

Teilnahmeanträge sind bis zum

19.06.2026, 12:00 Uhr

über die Vergabeplattform in Textform nach § 126b BGB einzureichen:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMEMK10>

Für die Übermittlung der elektronischen Teilnahmeanträge ist ausschließlich das Desktop-Bietertool oder die webbasierte Abgabe direkt im Browser zu nutzen.

Die Übermittlung per E-Mail, per Post oder über das Modul „Kommunikation“ auf E-Vergabeplattform ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags aus dem weiteren Verfahren.

Eine Unterschrift oder Signatur der einzureichenden Unterlagen ist nicht notwendig.

Es ist jedoch entweder der Name der natürlichen Person einzutragen, die für das Unternehmen die rechtsverbindlichen Erklärungen abgibt oder es ist der Firmenname der juristischen Person bzw. der Handelsgesellschaft einzutragen.

Jeder Bewerber/Bieter soll im Teilnahmeantrag/Angebot einen Ansprechpartner nebst Kontaktdaten für dieses Verfahren benennen.

Der Teilnahmeantrag ist inklusive aller Anlagen gemäß den vorgegebenen Bezeichnungen in diesen Bewerbungsbedingungen einzureichen.

Für die Einreichung des Teilnahmeantrags sind die Formulare in der Formularsammlung zu verwenden.

Der Teilnahmeantrag ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen; ausgenommen sind fremdsprachige feststehende Fachbegriffe. Für Bestätigungen Dritter (z.B. Behörden), die in einer fremden Sprache eingereicht werden, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder beeidigten Dolmetscher/Übersetzer angefertigte Übersetzung beizufügen (Kopie ausreichend).

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der oben genannten Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

IV. Eignungsanforderungen und gesetzliche Ausschlussgründe

Die nachfolgenden Anforderungen sind auch durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft nachzuweisen.

1. Gesetzliche Ausschlussgründe

1.1 §§ 123, 124 GWB

Eigenerklärungen unter Verwendung der Formularsammlung zur Bestätigung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 Abs. 1 GWB.

1.2 Unbedenklichkeitsbescheinigung Sozial-/Krankenkasse

Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt) der tariflichen Sozialkasse/Krankenkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist.

1.3 Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt

Aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigung (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt) des Finanzamts bzw. Bescheinigung in Steuer-sachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt.

1.4 Unbedenklichkeitserklärung Berufsgenossenschaft

Aktuelle Unbedenklichkeitserklärung/ Nachweis über die Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft (gültig bzw. nicht älter als 6 Monate seit Veröffentlichung der Bekanntmachung in EU-Amtsblatt).

2. Erklärung gem. Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576

Eigenerklärung unter Verwendung der Formularsammlung zum Verbot der Beteiligung russischer Unternehmen nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014.

3. Eignung zur Berufsausübung

3.1 Eintragung in Berufs-/Handelsregister

Auszug aus dem einschlägigen Register nicht älter als 6 Monate (seit Veröffentlichung der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt), soweit entsprechende gesetzliche Registerpflichten bestehen.

3.2 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Teilnahmeberechtigt sind Bewerber/Bieter, die folgende Berufsqualifikation nachweisen können:

- Dipl.-Ingenieur oder "Bachelor of Engineering" bzw. "Master of Engineering" für Elektrotechnik (oder vergleichbare Fachrichtung).

Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2013/55/EU entspricht.

Juristische Personen sind berechtigt, wenn für die Durchführung der Aufgabe ein verantwortlicher Bearbeiter benannt werden kann, der die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt.

Der Nachweis ist zu erbringen durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung.

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften: Mindestens ein Mitglied muss diese Anforderung erfüllen.

4. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

4.1 Gesamtumsatz des Unternehmens.

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Kalenderjahre gemäß Formularsammlung.

Mindestumsatz in den letzten drei Kalenderjahren (2023 bis 2025) gesamt: 600.000 EUR brutto.

Die Umsätze aus dem Jahr 2025 sind zu schätzen, wenn der Jahresabschluss 2025 noch nicht vorliegt.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage einer Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen zu verlangen.

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften werden die Umsätze zusammengerechnet.

4.2 Haftpflichtversicherung

Nachweis bestehender Haftpflichtversicherung (in Kopie) mit einer Mindesthöhe

- für Personenschäden: 5.000.000 EUR
- für sonstige Schäden: 2.500.000 EUR

Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens zwei Mal zur Verfügung stehen.

Im Falle einer geringeren Deckung der Haftpflichtversicherung ist zunächst eine Eigenerklärung gem. Formularsammlung ausreichend, dass im Auftragsfall die Deckungssumme entsprechend erhöht werden kann. Auf Anforderung ist eine entsprechende Bestätigung der Versicherung einzureichen.

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften muss der Nachweis von jedem Mitglied erbracht werden.

5. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Der Auftraggeber stellt die folgenden Anforderungen an die technische/berufliche Leistungsfähigkeit Bewerbers/Bieters:

5.1 Referenzen

Der Bewerber/Bieter muss nachweisen, dass er Fachplanungsleistungen für Projekte vergleichbarer Art und Komplexität erfolgreich erbracht hat.

5.1.1 Neubaureferenzen Einsatzzentralen:

Es müssen **mindestens 2 Neubaureferenzen „Einsatzzentralen“** vorgelegt werden, die die **folgenden Mindestanforderungen** zu erfüllen haben:

- Neubau von Gebäuden mit **Einsatzzentralen** (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) mit mindestens 10 Stellplätzen für Einsatzfahrzeuge in geschlossener/n Fahrzeughalle/n (auch als Erweiterung einer Bestandssituation möglich)

- Davon muss mindestens eine Referenz den Neubau eines **Feuerwehrgebäudes/Feuerwehrrätehauses mit Einsatzzentrale und mindestens 10 Stellplätzen** für Einsatzfahrzeuge in geschlossener/n Fahrzeughalle/n (auch als Erweiterung einer Bestandssituation möglich) erfassen.

Hinweis: ein Waschplatz gilt ebenfalls als Stellplatz.

Die o.g. Referenzen müssen die weiteren folgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- a) Fachplanungsleistungen für die technische Ausrüstung §§ 53- 56 HOAI für die **Anlagengruppen 4/5/6 und 8**; Leistungsbild § 55 HOAI, Leistungsphasen 1-8 (ohne LPH 4)
- b) Leistungszeitraum: **2020 bis Mai 2026**; LPH 8 muss innerhalb des vorgenannten Zeitraums überwiegend abgeschlossen worden sein.
- c) Mindestens Honorarzone **II in Anlagengruppe 4, 5, 6 und III in Anlagengruppe 8**.

5.1.2 Neubaureferenz Holzbau

Es muss **mindestens eine Neubaureferenz „Holzbau“** vorgelegt werden, die die **folgenden Mindestanforderungen** zu erfüllen hat:

- Gebäude in Holzbaukonstruktion (auch als Holzhybrid möglich) mit einer BGF von mindestens 1000qm (Brutto-Grundfläche in diesem Sinne sind nur solche Brutto-Grundflächen, die vom Auftragsumfang des Bewerbers erfasst sind).
- Fachplanungsleistungen für die technische Ausrüstung §§ 53- 56 HOAI für die **Anlagengruppen 4/5/6**; Leistungsbild § 55 HOAI, Leistungsphasen 1-8 (ohne LPH 4)
- Leistungszeitraum: **2020 bis Mai 2026**; LPH 8 muss innerhalb des vorgenannten Zeitraums überwiegend abgeschlossen worden sein.

Hinweis: Wenn eine der unter 5.1.1. genannten Neubaureferenzen „Einsatzzentrale“ mit einer Holzbaukonstruktion (auch Holzhybrid) umgesetzt worden ist, ist die gesonderte Angabe einer Holzbaureferenz nach 5.1.2 nicht erforderlich.

5.1.3 VOB/A – VOB/EU – SektVO

Mindestens eine der o.g. Referenzen (5.1.1 und 5.1.2) muss Baumaßnahmen enthalten, die gemäß **VOB/A, VOB/A-EU, SektVO** oder vergleichbaren Vergabevorschriften ausgeschrieben worden sind.

5.1.4 Eigenerklärung

Der Inhalt der Eigenerklärung richtet sich nach den Vorgaben gemäß Formblatt (siehe Formulareammlung).

Bei **Bewerber-/Bietergemeinschaften** muss die Referenz jedenfalls durch ein Mitglied der Gemeinschaft (d.h. nicht durch jedes einzelne Mitglied) erbracht worden sein. Das Mitglied muss allerdings die Leistungen erbringen, die sie im benannten Referenzprojekt erbracht hat.

Werden die o.g. Mindestanforderungen vom Bewerber/Bieter nicht erfüllt oder nachgewiesen, wird der Teilnahmeantrag/das Angebot ausgeschlossen.

5.2 Begrenzung der Anzahl der Teilnehmer

Die Anzahl der zum Verfahren zuzulassenden Bieter wird gemäß § 51 Abs. 1 VgV auf 5 begrenzt.

Wenn mehr Teilnehmer als die oben angegebene Bewerberzahl die gestellten Mindestanforderungen an die Eignung erfüllen, wird die Rangfolge der Bewerber gemäß der folgenden Bewertungstabellen ermittelt. Berücksichtigt werden nur solche Referenzen, die Mindestanforderungen unter 5.1.1 lit. a) – c) (s.o.) erfüllen.

Es werden max. 3 Referenzen für Einsatzzentralen bewertet, die in der Formulareammlung in die dafür vorgesehenen Tabellen eingetragen sind. Den Bewerbern steht es allerdings frei, weitere Referenzen einzureichen. Für den Fall, dass eine der in den Formularen eingetragene Referenz wegen Nichterfüllung der Mindestanforderungen nicht berücksichtigungsfähig ist, wird der Auftraggeber auch die weiteren Referenzen nach der angegebenen Nummerierung oder der im hochgeladenen Datensatz vorgenommenen Reihenfolge prüfen und die erste berücksichtigungsfähige Referenz in die Bewertung aufnehmen.

Anforderung	Punktebewertung	Max. Punkte
Gebäudeart Feuerwehr	Mehr als 1 Neubau eines Feuerwehrgebäudes/Feuerwehrgerätehauses mit Einsatzzentrale und mindestens 10 Stellplätzen in geschlossener/n Fahrzeughalle/n = pro weitere Referenz jeweils 20 Punkte	40
Gebäudeart sonstige Einsatzzentrale	Mehr als 1 Neubau eines Gebäudes mit sonstigen Einsatzzentralen (Polizei, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) mit mindestens 10 Stellplätzen in geschlossener/n Fahrzeughalle/n = pro weitere Referenz jeweils 10 Punkte	20
Stellplatzanzahl in geschlossenen Fahrzeughallen	Mehr als 10 Stellplätze pro Stellplatz 1 Punkt (jeweils pro Referenz max. 10 Punkte)	30
Energieeffizienz	Neubau eines Gebäudes mit Einsatzzentralen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) Energieeffizienz mind. KfW 55 oder besser (jeweils 5 Punkte)	15
	Maximale Punktzahl	85 Punkte*

Die **5** Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert.

Bei Punktegleichstand entscheidet die größte Bruttogrundfläche (Summe der eingereichten und zu wertenden Referenzen).

* Wenn für die Gebäudeart Feuerwehr Punkte vergeben worden sind, erfolgt keine zusätzliche Bepunktung für sonstige Einsatzzentralen, d.h. auch bei kombinierten Referenzen (z.B. Feuerwehr und Rettungsdienst) bleibt es bei max. 20 Punkten pro Referenz.

5.3 Technische Ausstattung

Bestätigung, dass der Bewerber/Bieter über die erforderliche technische Ausstattung zur ordnungsgemäßen Ausführung der zu übernehmenden Leistungen verfügt.

Beschreibung der technischen Ausrüstung, über die der Bewerber/Bieter für die Ausführung der Leistung verfügt (z.B. CAD, AVA, Office- und Bildbearbeitungsprogramme, sonstige planungs- und baustellenrelevante Soft- und Hardware) mit Angabe der Produktnamen. Erforderlich sind gängige Produkte.

Der Inhalt der Eigenerklärung richtet sich nach den Vorgaben gemäß Formblatt (siehe Formularensammlung).

V. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Mit dem Angebot ist die Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) gem. Formularensammlung vorzulegen.

VI. Einsatz von Nachunternehmern

1. Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe

Wenn der Bewerber/Bieter zur Erfüllung des Auftrages Nachunternehmer einsetzen will (bei Bewerber-/gemeinschaften: auch von einzelnen Mitgliedern), sind Art und Umfang der durch Dritte zu erbringenden Leistungen mit dem Teilnahmeantrag/Angebot anzugeben.

Nachweise, dass die erforderlichen Mittel dem Bewerber/Bieter zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung), müssen mit dem Teilnahmeantrag/Angebot nicht vorgelegt werden. Der Auftraggeber fordert derartige Nachweise gegebenenfalls von den Bewerbern/Bietern, die in die engere Wahl kommen.

Der Auftraggeber kann außerdem von dem Bewerber/Bieter verlangen, dass dieser vor dem Einsatz eines Nachunternehmers entsprechende Eignungsnachweise vorlegt.

2. Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe

Wenn sich der Bewerber/Bieter (bei Bewerber-/Bietergemeinschaften auch einzelne Mitglieder) allerdings im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten von Nachunternehmern (§ 36 Abs. 1 S. 3 VgV) beruft (sog. Eignungsleihe), ist mit dem Teilnahmeantrag/Angebot anzugeben, inwiefern sich der Bewerber/Bieter bzw. die Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft auf welche Kapazitäten welches Nachunternehmers berufen möchte(n). Hierfür ist das **Formular Qualifizierte Nachunternehmen (Eignungsleihe gem. § 47 VgV)** in der Formularensammlung auszufüllen.

In diesem Fall muss der Bewerber/Bieter mit dem Teilnahmeantrag/Angebot nachweisen, dass ihm die Kapazitäten des Nachunternehmers zur Verfügung stehen (Einreichung der unterschriebenen Verpflichtungserklärung gemäß Formular in der Formularensammlung).

Ferner muss der Bewerber/Bieter mit dem Teilnahmeantrag/Angebot Erklärungen vorlegen, die belegen, dass der Nachunternehmer über diejenige Eignung auch tatsächlich verfügt, auf die sich der Bewerber/Bieter beruft.

3. Pflichten während Auftragsausführung nach § 128 Abs. 1 GWB

Es wird darauf hingewiesen, dass für Nachunternehmer aller Stufen die Vorgaben in § 128 Abs. 1 GWB einzuhalten sind.

VII. Bewerber-/Bietergemeinschaften

Bewerber-Bietergemeinschaften sind zugelassen. Falls der Teilnahmeantrag/das Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft abgegeben wird, sind die Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung, die Erklärung des bevollmächtigten Vertreters sowie die Angaben zum Vertretungsberechtigten anzugeben. Ferner ist anzugeben, welches Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft welche Leistungen im Auftragsfall erbringen wird.

VIII. Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Teilnehmer

Die Prüfung der Teilnahmeanträge erfolgt gemäß § 57 VgV.

Der Auftraggeber behält sich vor, unvollständige oder fehlende Nachweise, Unterlagen oder Erklärungen in entsprechender Anwendung des § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Nach Prüfung der Teilnahmeanträge wird der Auftraggeber die zum weiteren Verfahren zuzulassenden Bewerber zur Abgabe von Angeboten auffordern. Die Bewerber, die nicht ausgewählt werden, erhalten eine Mitteilung, dass sie nicht weiter am Verfahren beteiligt werden.

Die Anzahl der zum Verfahren zuzulassenden Unternehmen wird gemäß § 51 Abs. 1 VgV auf 5 begrenzt.

IX. Weiterer Verfahrenslauf (Angebots- und Verhandlungsphase)

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die zum weiteren Verfahren zugelassenen Bewerber aufgefordert, ihre Erstangebote auf Basis der Vergabeunterlagen einzureichen.

Mit dem Angebot ist die Verpflichtungserklärung / Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) abzugeben.

Die Frist für den Eingang der Erstangebote wird den zum weiteren Verfahren zugelassenen Bieter nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs mitgeteilt.

Den Bietern wird mit der Abgabe der Erstangebote die Möglichkeit eingeräumt, Änderungsvorschläge zum Vertragsentwurf einzureichen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung der Änderungsvorschläge besteht nicht. Der Vertragsentwurf stellt insoweit keine Mindestanforderung im Sinne des § 17 Abs. 10 S. 2 VgV dar.

Nach Prüfung der Erstangebote werden Verhandlungen durchgeführt, um Unklarheiten zu beseitigen, sowie ggfs. erforderliche Anpassungen oder Konkretisierungen vornehmen zu können. Die Termine für die Bietergespräche werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Der Auftraggeber behält sich vor, Änderungen, Ergänzungen oder Konkretisierungen der Leistungsbeschreibung vorzunehmen, soweit dadurch der im Rahmen der EU-Bekanntmachung veröffentlichte Auftragsgegenstand nicht in unzulässiger Art und Weise verändert wird.

Präsentationen und Verhandlungen werden in deutscher Sprache geführt. Zeit und Ort wird der Auftraggeber rechtzeitig bekannt geben. Es können eine oder mehrere Verhandlungsrunden durchgeführt werden. Dabei wird räumlich und zeitlich getrennt verhandelt werden.

Nach Abschluss der Verhandlungen, Einreichung und Auswertung der finalen Angebote wird die Entscheidung über den Zuschlag getroffen. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Bewertung der Angebote erfolgt an Hand der Zuschlagskriterien und der Bewertungsmethode wie im Dokument „Zuschlagskriterien“ angegeben.

Weitere Einzelheiten zum Vorgehen in der Angebots- und Verhandlungsphase werden im entsprechenden Aufforderungsschreiben erläutert.

X. Angebotswertung

1. Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Beachtung der §§ 56 ff VgV und der in dem Dokument „Zuschlagskriterien“ vorgegebenen Regelungen.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

2. Ausschlussgründe

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass es zum Angebotsausschluss führt, wenn der Bieter ein Angebot einreicht, das mit den Angeboten der Wettbewerber nicht vergleichbar ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn der Bieter

- das Angebot nicht form- oder fristgerecht einreicht, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- er Änderungen an den Vergabeunterlagen vornimmt oder diese außerhalb der dafür vorgesehenen Stellen ergänzt
- das Angebot unter einem Gremienvorbehalt oder einem sonstigen Vorbehalt abgibt oder mit dem Angebot von zwingenden kommerziellen Bedingungen oder zwingenden fachlichen Anforderungen des Auftraggebers abweicht
- er auf entsprechende Nachforderung des Auftraggebers fehlende oder unvollständige Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig einreicht oder er zusätzliche Auskünfte verweigert
- sich im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligt hat.

Es gelten darüber hinaus die gesetzlichen Ausschlussgründe.

XI. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Mit dem Angebot ist die Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG).

XII. Vertragsmuster

Die zur Verfügung gestellten Vertragsvorlagen (Kommunale Vertragsmuster) enthalten die Einzelheiten zu den Leistungspflichten und den Zahlungsbedingungen. Die Vertragsunterlagen können Gegenstand der Verhandlungen sein. Ein Anspruch auf Änderung der Vertragsunterlagen besteht nicht.

Dem Zuschlagsbieter erteilt der Auftraggeber am Ende des Vergabeverfahrens den Zuschlag, wodurch der Vertrag zustande kommt.

XIII. Einlegung von Rechtsbehelfen

Es wird auf die Hinweise und die Belehrungen in der EU-Auftragsbekanntmachung verwiesen.

XIV. Vertraulichkeit und Datenschutz

Die Bieter haben die Vertraulichkeit der Unterlagen zu wahren. Die Ausschreibungsunterlagen dürfen durch den Bieter nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Eine sonstige Verwendung, insbesondere die Weitergabe an Dritte, bedarf der schriftlichen Freigabe durch den Auftraggeber. Dies betrifft nicht die Weitergabe an Unternehmen, die als Nachunternehmer eingesetzt werden sollen, soweit diese die Unterlagen für die Angebotserstellung benötigen. Soweit der Bieter die Unterlagen an Nachunternehmer zur Angebotserstellung weitergibt, verpflichtet er sich, diesen in gleichem Maße zur Vertraulichkeit zu verpflichten, in welchem er gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet ist.

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und im Falle einer vorgesehenen Zuschlagserteilung an ihn gegenüber nicht berücksichtigten Bietern eine Vorabinformation gem. § 134 GWB erfolgt.

XV. Vorbehalt

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, das Vergabeverfahren einzustellen/aufzuheben, sofern sachliche Gründe dies rechtfertigen. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn

- kein Angebot eingegangen ist, das den Vergabeunterlagen entspricht,
- sich die Grundlagen der Vergabe geändert haben,
- das Vergabeverfahren kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat oder erwarten lässt.

Für die abzuschließenden Verträge gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

XVI. Wahrung des Geheimwettbewerbs

Jedes an dieser Vergabe beteiligte Unternehmen ist verpflichtet, die Anforderungen an den Geheimwettbewerb zu gewährleisten. Jeder Bieter darf ausschließlich Kenntnis von seinem Angebot haben.

XVII. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen

- Formularsammlung Teilnahmeantrag nebst den dort geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen
- Im Fall der Eignungsleihe: Formularsammlung Eignungsleihe nebst den dort geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen

XVIII. Anlagen

- Leistungsbeschreibung nebst Anlagen
- Formularsammlung Angebot
- Formularsammlung Eignungsleihe
- Kommunales Vertragsmuster Ingenieurvertrag- Technische Ausrüstung
- Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen - AVB -
- Zusätzliche Vertragsbestimmungen für Architekten-/Ingenieurleistungen - ZVB –
- Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem LTMB Baden-Württemberg
- Informationen zur Datenschutzgrundverordnung
- Einheitliche Europäische Eigenerklärung